



SPD Ortsverein Plauen



Beschlussbuch
der
Stadtkonferenz des
SPD-Ortsvereins Plauen

Plauen, 19. November 2011

A 1**Antrag an die Stadtkonferenz des SPD-Ortsvereins Plauen, 19.11.2011**

Titel: Für die soziale Stadt der Zukunft

Antragssteller: Ortsvereinsvorstand, Manfred Eberwein

 angenommen abgelehnt überwiesen an:

1
2 Die Stadtkonferenz (Jahreshauptversammlung) des SPD-Ortsvereins Plauen möge beschließen:
3
4

Für die soziale Stadt der Zukunft**Antworten einer sozialdemokratischen Stadtentwicklungspolitik in Plauen**

7
8 Im Zuge der Debatte um das Stadtentwicklungskonzept 2022 der Stadt Plauen und dem Regionalen
9 Entwicklungskonzept Vogtland 2020 wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns mit
10 diesen Leitlinien zu einer sozialen und zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik positionieren.
11 Dabei gibt es drei zentrale Fragen, denen wir uns stellen müssen:
12

1. Warum brauchen wir eine Neuorientierung der Stadtentwicklungspolitik?

14 Das wohl größte Problem, das auf die Stadt Plauen und ihre Bevölkerung zu kommt, ist **das Problem des**
15 **demografischen Wandels**. Dahinter steht die Annahme, dass die Menschen weniger und älter werden,
16 sowie immer unterschiedlichere kulturelle Hintergründe und Verständnisse in der Stadt
17 aufeinandertreffen werden. Seit Mitte der 90er Jahre waren in erster Linie die natürlichen
18 Bevölkerungsverluste für den stetigen Rückgang der Einwohnerzahlen, um etwa 10.000 Einwohner
19 verantwortlich. Plauen liegt zwar mit einer Verlustquote von 13,4 % im sächsischen Landesdurchschnitt,
20 jedoch wird sich in den nächsten Jahren diese Negativentwicklung fortsetzen und in einem realistischen
21 Szenario 2025 mit einem Bevölkerungsstand von ca. 55.500 Einwohner/innen einpegeln. Die
22 demografische Entwicklung wird damit folgenreich für die Stadtentwicklungspolitik werden und den
23 ohnehin bereits gestörten Wohnungsmarkt in Plauen weiter verschärfen.
24

25 Neben der demografischen Entwicklung steigt die **Abwanderung** junger und gut qualifizierter Menschen
26 und die Stadt bekommt es mit einer starken **Überalterung** zu tun. Es wird prognostiziert, dass es zu
27 keinen Wanderungsgewinnen bei den unter 27-Jährigen kommen wird, ebenso ist kein Anstieg der
28 Geburtenzahlen zu erwarten. Besonders problematisch ist das drastische Absinken des Anteils an
29 Personen im erwerbstätigen Alter bis 2030 von einstmal zwei Dritteln der Bevölkerung (2005) auf 50
30 Prozent. Das hat zur Folge, dass 2030 voraussichtlich jeder dritte Bürger ein Rentner sein wird.
31

32 Ein weiteres Problem ist, dass die zurückliegende Entwicklung der Stadt überdimensionierte und sich
33 auflösende Stadtstrukturen mit hohem **Gebäudeleerstand** mit sich bringt. Unvermietete Gebäude gibt

34 es überwiegend an den Hauptverkehrsachsen, in der privaten, kernstädtischen Altbausubstanz und in
35 unattraktiven Randlagen.

36

37 Vor allem bei der Gebäudesanierung im privaten Bereich gibt es einen hohen **Investitionsstau**. Die
38 **kontinuierlich abnehmenden Finanzmittel**, sowie der weitere Anstieg der kommunalen Ausgaben
39 führen weiter zu verengten Handlungsspielräumen. Die Kürzung der Städtebauförderung durch die
40 schwarz-gelbe Bundesregierung tut ihr Übriges. So wurden im aktuellen Bundeshaushalt die Mittel des
41 Förderprogrammes „Soziale Stadt“ um 66,4 Millionen Euro (-70 Prozent) abgesenkt. Besonders dieses
42 Programm ist als Instrument gegen die Folgen der demografischen Entwicklung von großer Bedeutung.

43

44 **2. Wie wollen wir in unserer Stadt leben?**

45 Die zentrale Frage muss bei all diesen Problemen sein: Wie wollen wir in unserer Stadt zukünftig leben?

46 Unserer Auffassung nach, muss **generationsübergreifendes Zusammenleben**, ohne körperliche oder
47 soziale Barrieren, friedlich und miteinander, organisiert werden. Wir sind uns bewusst, dass dabei auch
48 Konflikte entstehen und wir müssen uns intensiv damit beschäftigen, wie wir mit diesen umgehen. Bei
49 den bereits beschriebenen Problemen muss der soziale Frieden in unserer Stadt gewahrt bleiben, dafür
50 werden wir in allen Bereichen politischen Handelns Veränderungen ermöglichen. Der Umgang mit der
51 demografischen Entwicklung und ihren Folgen muss zur Querschnittsaufgabe werden.

52 Die Organisation des zukünftigen Zusammenlebens muss gemeinsam von Verwaltung, Politik,
53 Wirtschaft und Zivilgesellschaft angegangen werden. All diese Bereiche sind an der Entwicklung und den
54 Folgen beteiligt, daher müssen sich auch alle mit der gleichen Ernsthaftigkeit einbringen.

55

56 Leben in einer Stadt besteht aus verschiedenen Komponenten. Gutes Leben lässt sich aus unserer Sicht
57 vor allem durch eine gute Wohnungspolitik gewährleisten. Wohnen bedeutet mehr, als nur ein Dach
58 über dem Kopf zu haben, es bedeutet **Lebensqualität**, der Besitz an **individuellen Freiraum** oder auch ein
59 **würdiges Leben**.

60

61 Wir wollen **keine Gleichmacherei**, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen muss individuell reagiert
62 werden. Die SPD steht für eine Stadtentwicklungspolitik, in der vielfältiges und individuelles Leben
63 ermöglicht wird und Chancen für neue Innovationen geboten werden. Neue Trends, wie der Rückgang
64 der Mehrpersonenhaushalte, müssen erkannt und in den Kontext des politischen Handelns gesetzt
65 werden. Wir treten für eine soziale Durchmischung der Wohngebiete ein. Die großen gesellschaftlichen
66 Veränderungen bieten auch Chancen für den Abbau von Vorurteilen und sozialen Grenzen.

67

68 Traditionell setzt sich die SPD für die Menschen ein, die aufgrund **sozialer oder körperlicher**
69 **Benachteiligung** ein schwieriges Leben in der Stadt haben. Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer
70 Stadtentwicklungspolitik muss daher die Wohnsituation von Menschen, die Sozialleistungen beziehen,
71 sein. Wir wollen uns auch mit der Lebenssituation der Menschen, die einen Antrag auf Asyl in unserem

72 Land stellen, auseinandersetzen. Die Frage der Verbesserung der Wohn- und Lebensumstände für
73 Menschen mit Behinderung ist ebenfalls Gegenstand unseres politischen Handelns.

74

75 Zentral für ein funktionierendes Miteinander einer Stadtgesellschaft ist das **bürgerliche Engagement**.
76 Hier besteht großer Verbesserungsbedarf. Die gesellschaftlichen Veränderungen führen auch hier zu
77 neuen Herausforderungen. Wir als SPD sind uns bewusst, dass ehrenamtliche Arbeit mehr Anerkennung
78 und Wertschätzung erfahren muss, aber auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit und Strategie
79 zwischen ehrenamtliche Initiativen durch Verwaltung und Politik begleiten werden muss.

80

81

82 **3. Wie lauten unsere Antworten?**

83 **Folgen des demografischen Wandels erkennen und Lösungen ableiten!**

84 Die Erscheinungen des demografischen Wandels müssen von allen Beteiligten (Politik, Verwaltung,
85 Wirtschaft, Zivilgesellschaft) erkannt werden, bevor man Lösungen entwickeln kann. Wir werten es sehr
86 positiv, dass Stadt und Landkreis mit Entwicklungskonzepten, sowie die Unternehmer/innen, die
87 Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer und die Arbeitgeberverbände mit Konzepten
88 gegen den Fachkräftemangel, die Herausforderungen des demografischen Wandels erkannt haben. Für
89 die Stadtentwicklungspolitik gilt es nun gemeinsam Strategien zu entwickeln gegen die Folgen der
90 demografischen Entwicklung. Um dies zu forcieren, sind zunächst drei Schritte notwendig:

- 91 • Schaffung eines/einer **Demografie-Beauftragten** im Vogtlandkreis als Schnittstelle zwischen
92 den o.g. Beteiligten,
- 93 • grundsätzliche Bereitschaft der Politik/Verwaltung die Bürgerschaft durch **Befragungen** und
94 mittel- bis langfristig angelegte **Beteiligungsformen** an der Lösung der Herausforderungen zu
95 beteiligen,
- 96 • Durchführung von **Untersuchungen** über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung im
97 Hinblick auf die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung.

98 Unsere Stadtentwicklungspolitik hat den Anspruch, eine Stadt zu schaffen, in der ältere und junge
99 Menschen, Familien mit und ohne Kinder, Arbeitnehmer/innen und Arbeitslose sich gleichermaßen
100 wohlfühlen und miteinander leben können. Sie muss gewährleisten, dass die unterschiedlichen, oft auch
101 konfrontativen Ansprüche verschiedener Bevölkerungsgruppen erfüllt werden.

102 **Abwanderung und Überalterung stoppen - Lebensqualität steigern!**

103 Die Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen zu stoppen ist vor allem eine ökonomische
104 Frage. Die Plauenerinnen und Plauener, die diesen Schritt wählen, tun dies vor allem aus
105 wirtschaftlichen Gründen. Trotzdem sind die "weichen Standortfaktoren" wichtig, um diesen Trend
106 abzuschwächen. Die **Steigerung der Lebensqualität** im Wohnraum und -umfeld muss daher integraler
107 Bestandteil sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik sein. Voraussetzungen dafür sind aus
108 unserer Sicht ein vielfältiges Angebot im Einzelhandel, kurze Wege zu sozialen und medizinischen

109 Einrichtungen, ausreichende sowie gut ausgestattete Kindertageseinrichtungen und
110 Bildungseinrichtungen, Orte zum Verweilen, generationsübergreifende und offene Treffs, sowie
111 attraktive Angebote kultureller Bildung. Aber auch eine gute und zukünftig barrierefreie Anbindung an
112 den **Öffentlichen Personennahverkehr** ist Menschen wichtig. Wir werden uns in einem weiteren Antrag
113 bei den kulturellen Angeboten, die viele Plauener bewegen (z.B. Theater), genauer festlegen, wo die SPD
114 diese Angebote mittel- und langfristig sieht.

115
116 Die Stadtentwicklungs- und Wohnpolitik in der Stadt Plauen und im Vogtlandkreis muss sich außerdem
117 stärker für **alternative Wohnformen im Alter** einsetzen. Dazu müssen die Beratungsangebote ausgebaut
118 werden.

119

120 **Generationsübergreifendes und individuelles Leben ermöglichen!**

121 Die **soziale Stadt** lebt aus unserer Sicht vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in
122 Wohnungen, Wohnumfeld sowie Infrastruktur und sozial-integrative Maßnahmen wie
123 Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Jung und Alt. Beide Säulen müssen im
124 politischen Handeln beachten werden.

125

126 Die Einrichtung von **Wohngebiet-Treffs**, wie sie bereits von dem Verein Wohn- und Lebensräume e.V.
127 und der Volkssolidarität forciert wird, erachten wir als äußerst sinnvoll. Dies muss in einem
128 gesamtsstädtischen Konzept begleitet und koordiniert werden. Der Ansatz der Wohngebiet-Treffs muss
129 generationsübergreifend sein, so können Angebote für Jung und Alt geschaffen werden. Die
130 Kooperation zwischen den Treffs, Senioreneinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten soll
131 unbedingt verbessert werden.

132

133 Wir unterstützen die Arbeit des **Mehrgenerationenhauses** in Plauen. Der Vogtlandkreis wird
134 aufgefordert, Mehrgenerationenhäusern im Vogtlandkreis mitzufinanzieren. Die Arbeit, die dort
135 geleistet wird, ist sehr begrüßenswert und bedarf einer Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und
136 Verwaltung. Die SPD will vor allem, dass die vorhandenen Angebote und neue Angebote in der Stadt in
137 einem gesamtsstädtischen Konzept stärker vernetzt werden und so der Bevölkerung vielfältige und
138 umfangreiche Vorschläge für die Freizeitgestaltung oder Bildungsangebote gemacht werden können.

139

140 **Bevölkerungstrends beachten und mit Anpassung des Wohnraums reagieren!**

141 Eingangs wurde die Entwicklung der Bevölkerungszahl bereits angesprochen. Die Zahl der
142 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Plauen wird in den kommenden Jahren weiter sinken, die
143 Stadt wird schrumpfen müssen. Auch hier muss nicht alles pessimistisch betrachtet werden, sondern
144 durch die Erkenntnis und das richtige politische Handeln kann die **Schrumpfung** auch als Chance
145 verstanden werden. Unsere Wohnflächenentwicklung muss sich weiterhin auf die Anpassung und

146 Umstrukturierung von Bestandsflächen konzentrieren. Ziel muss es sein, die Einwohnerzahlen zu
147 stabilisieren und auf eine weitere Reduzierung des Wohnungsleerstandes hinzuwirken. Der von den
148 beiden großen Plauener Wohnungsbaugesellschaften eingeschlagene Weg zum Abriss und Rückbau
149 nicht mehr genutzter bzw. nutzbarer Wohnbausubstanz muss entsprechend eines gesamtstädtischen
150 Konzeptes fortgesetzt werden. Dieses Vorgehen muss durch gezielte Abrisse verschlissener
151 Wohngebäude in den altstädtischen Bereichen ergänzt werden. Hier besteht Handlungsbedarf, denn die
152 Situation ist dramatisch. In Plauen stehen gegenwärtig mehr als 600 Gebäude leer. Deshalb sind sie
153 potentiell vom Einsturz gefährdet, bzw. weisen größere Schäden auf. Die SPD wird sich daher dafür
154 einsetzen, dass in der Stadt ein Konzept zum Altbauabriss erstellt wird. Abriss und Rückbau müssen als
155 **Chance zur Anpassung an neue Lebensverhältnisse** und eine Neuausrichtung der Wohnraumpolitik
156 verstanden werden. Freiwerdende Flächen können renaturiert oder für neue Zwecke erschlossen
157 werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Prozesse durch **Stadtteilkonferenzen** und
158 **Vermieter- und Mieterbefragungen** begleitet werden.

159

160 **Schluss mit der Fördermittel-Affinität - eine Strategie muss her!**

161 Stadtentwicklung und Stadtumbau kosten natürlich jede Menge Geld. Die Maßnahmen können nur
162 durch eine von der Europäischen Union, dem Bund und Land begleitete Fördermittelpolitik realisiert
163 werden. Wir kritisieren hierbei, dass die Anforderungen zur Beantragung der Fördermittel stetig steigen
164 und die **Fördermittel-Mechanismen** oft nicht zielgerichtet und nachhaltig ist. Wir wollen daher auf
165 Landes- und Bundesebene Initiativen ergreifen, um Änderungen in der Fördermittelpolitik
166 herbeizuführen.

167

168 Wir fordern die **Rücknahme der Kürzungen der Städtebauförderung** durch die schwarz-gelbe
169 Bundesregierung, die für 2010/2011 erfolgt sind. Während der Freistaat Sachsen 2010 noch 69,12
170 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen für Programme der Städtebauförderung erhielt, waren es 2011 60,54
171 Millionen Euro. Auch für die Bundesfinanzhilfen Stadtumbau Ost wurden um knapp vier Millionen Euro
172 gekürzt. Insbesondere das Förderprogramm „Soziale Stadt“, das auf die von uns beschriebenen
173 Problemlagen reagieren soll, wurde von 95 Millionen Euro (2010) auf 28,5 Millionen Euro (2011) gekürzt.
174 Anders als Berlin, NRW oder Mecklenburg-Vorpommern wird der Freistaat Sachsen die wegbrechenden
175 Bundesmittel nicht kompensieren. Das halten wir für fatal.

176 Wir unterstützen das **„Bündnis für die Soziale Stadt“** (www.buendnis-soziale-stadt.de), das sich im
177 Januar 2011 gegründet hat, um so auch vor Ort den Druck auf die Abgeordneten von CDU und FDP zu
178 erhöhen. Im Stadtrat werden wir eine Initiative ergreifen, dass die Stadt Plauen Mitglied dieses
179 Bündnisses wird.

180

181 **Die soziale Stadt der Zukunft ist eine Stadt für alle!**

182 Eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Stadt ist der würdige und solidarische Umgang mit
183 Menschen, die unverschuldet oder zeitweise zu **Leistungsempfänger/innen** werden. Die derzeitige
184 Diskussion zu den „Kosten der Unterkunft“ auf Landkreisebene werden wir daher kritisch begleiten und
185 im Sinne würdiger Umstände für die Mieter/innen und wirtschaftlicher, sowie ökologischer
186 Tragfähigkeit betrachten. Wir sehen hier gesetzlichen Änderungsbedarf, zum Beispiel bei den
187 Zuschüssen für Heizkosten. Die Wohn- und Lebensverhältnisse für Leistungsempfänger/innen dürfen
188 nicht zu einer sozialen Ausgrenzung führen. Diese Menschen sollen im Sinne unseres gesamtstädtischen
189 Ansatzes viel stärker in die verschiedenen Angebote integriert und an ihnen beteiligt werden.

190

191 Die Situation **wohnungsloser Menschen** in Plauen muss sich verbessern. Wir werden daher eine Initiative
192 im Stadtrat ergreifen, die Verwaltung aufzufordern, zielgerichtete Maßnahmen zu erarbeiten, um
193 betroffene Menschen mit Wohnraum und sozialpädagogischer Betreuung zu versorgen. Dabei sollen
194 Wohnungslose integriert werden und nicht separiert. Die gut ausgebauten vorhandenen Angebote,
195 z.B. im Marthaheim der Diakonie, wollen wir unterstützen.

196

197 Wir betrachten in unserer Stadtentwicklungspolitik nicht nur den deutschen Staatsbürger. Die
198 Unterbringung der **Asylsuchenden** in sogenannten Übergangwohnheimen ist auch in Plauen geltende
199 Praxis. Die Verantwortung liegt beim Landkreis, der nach der Kreisgebiets- und Funktionalreform, einen
200 einzigen Standort in Plauen konzentriert hat. Das Übergangwohnheim in Plauen ist abseits des
201 Stadtgeschehens und die meisten Asylsuchenden leben isoliert. Wir wollen das ändern und werden
202 daher im Kreistag eine Initiative ergreifen, die verstärkt dezentrales Wohnen unter menschenwürdigen
203 Umständen für Asylsuchende und geduldete Migrantinnen und Migranten ermöglicht. Dies muss
204 natürlich durch professionelle Integrationsangebote begleitet werden.

205

206 Die soziale Stadt muss **barrierefrei** werden! Wir fordern, dass in der Stadt Plauen und im Vogtlandkreis
207 bei Baumaßnahmen stärker auf die Barrierefreiheit geachtet wird. Es muss ein Konzept erarbeitet
208 werden, wie die Umrüstung auf barrierefreie Räumlichkeiten, sowie der Bau barrierefreie
209 Baumaßnahmen unterstützt werden können.

210

211 **Ehrenamt stärken und Vernetzung unterstützen!**

212 Wir sehen die Notwendigkeit eines **Netzwerkes der Vereine und Institutionen**, die sich für ein
213 generationsübergreifendes Wohnen engagieren. Die vielen Angebote und Initiativen sind derzeit kaum
214 miteinander vernetzt und stehen eher in Konkurrenz. Eine gute Zusammenarbeit wird die
215 Gesamtsituation wesentlich verbessern. Wir erachten vor allem die Verfügbarkeit von Kommunikations-
216 und Informationsmöglichkeiten für notwendig.

217 Parallel dazu muss das soziale, **bürgerliche Engagement** gestärkt werden. Neben der Wertschätzung
218 bedarf es auch finanziellen Unterstützungsangeboten, die wir in der Stadt Plauen und im Vogtlandkreis
219 prüfen werden.

A 2**Antrag an die Stadtkonferenz des SPD-Ortsvereins Plauen, 19.11.2011**

Titel: Für eine engagierte Stadtgesellschaft

Antragssteller: Ortsvereinsvorstand

 angenommen abgelehnt überwiesen an:

1
2 Die Stadtkonferenz (Jahreshauptversammlung) des SPD-Ortsvereins Plauen möge beschließen:
3
4

Für eine engagierte Stadtgesellschaft**Unser Selbstverständnis von Kunst und Kultur im Ehrenamt**

5
6
7
8
9 Kultur ist ein zentraler Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Das Engagement in Kunst und
10 Kultur stärkt unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir Sozialdemokratinnen und
11 Sozialdemokraten stehen für eine Kultur der Demokratie ein, in der Kunst und Kultur für die
12 Verständigung über Werte und Ziele in einer Welt beschleunigter Umbrüche eine zentrale Bedeutung
13 zukommt.

14 Die Plauener Kunst- und Kulturlandschaft ist vielfältig und hat eine lange Tradition. Man kann sieht dies
15 an der gut entwickelten kulturellen Infrastruktur, wie dem 1898 erbauten Vogtlandtheater, dem
16 Vogtlandmuseum oder dem nach der politischen Wende 1989 aus dem Dornröschenschlaf befreiten
17 Kunst- und Kulturzentrum Malzhaus. Kunst und Kultur wird aber nicht von Infrastruktur gemacht,
18 sondern von Menschen. Menschen, die sich neben ihrer Familie, ihrem Beruf und ihren alltäglichen
19 Problemen engagieren. Die sich nach dem Arbeitstag um die neue Ausstellung, das nächste Konzert oder
20 die anstehende Abrechnung der Fördermittel kümmern. Wir Sozialdemokratinnen und
21 Sozialdemokraten sprechen diesen Menschen unsere Anerkennung und Wertschätzung aus. Mit dem
22 vorliegenden Positionspapier haben wir aus der Diskussion mit vielen Vereinen und engagierten
23 Bürgerinnen und Bürgern, Probleme gesammelt und Ideen zur Lösung dieser gesucht.

Kulturelle Teilhabe muss alle gewährleistet sein!

24
25 Grundlegend für unser Selbstverständnis einer engagierten Stadtgesellschaft ist die kulturelle Teilhabe
26 aller Menschen, unabhängig vom Alter, der Herkunft, dem Bildungsniveau oder sozialer Kriterien. Kunst-
27 und Kulturangebote müssen grundsätzlich barrierefrei sein.

Kulturelle Vielfalt fördern!

28
29 Wir wollen eine Kunst- und Kulturlandschaft, in der Neues ermöglicht und nicht nur der vorhandene
30 Bestand gesichert wird. Es muss grundsätzlich Möglichkeiten geben, für sein Engagement Unterstützung
31 und Beratung zu erhalten. Wir wollen ein zukunftsfähiges Kulturmanagement der Kommune, in der
32 ohne große Hürden der Zugang zu Beratung und Informationsangeboten ermöglicht wird. Der Weg zu
33 finanziellen Fördermittelstrukturen soll unkompliziert und nachvollziehbar sein.

34 **Mehr junge engagierte Kunst- und Kulturschaffende!**

35 Junge Menschen sind oft mit dem heutigen Kulturangebot nicht mehr vertraut. Die Tatsache, dass junge
36 Menschen in den Vereinen und ihren Vorständen fehlen, wird sich weiter fortsetzen und kann dazu
37 führen, dass in 20-40 Jahren viele aktive Mitglieder in den Vereinen fehlen werden. Die Kunst- und
38 Kulturlandschaft bietet eine Chance, als „weicher Standortfaktor“ die Attraktivität der Region zu
39 steigern und junge Menschen hier zu halten. Dazu müssen die Vereine und die politischen
40 Verantwortungsträger an einem Strang ziehen und die Angebote stärker an jungen Menschen
41 ausrichten. Kulturangebote müssen sich mit einer Konkurrenz wie Musik, Film, Sport, Computer/Neuen
42 Medien, die vor allem virtuell via Internet, Smartphone oder Fernsehen erreicht werden, messen lassen.
43 Die Ansprache und Außendarstellung der Vereine spielt für die Gewinnung neuer (junger) Mitglieder,
44 auch für die Vorstandsarbeit, eine bedeutende Rolle. Kunst- und Kulturvereine stehen somit vor einer
45 großen Herausforderung, die wir politisch begleiten wollen.

46

47 **Unser Aktionsprogramm für eine engagierte Stadtgesellschaft**

48

49 **1. Kulturlogen schaffen - Teilhabe an Kultur für alle möglich machen!**

50 Getreu dem Motto der Kulturloge Berlin „Kultur beginnt nicht in der Oper, sondern bei uns Menschen“
51 wollen wir kulturelle Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger erreichen. Wir werden daher gemeinsam
52 mit den Kunst- und Kulturschaffenden der Stadt Plauen eine Initiative starten, das Modell der
53 Kulturlogen, das sich in vielen Teilen Deutschlands bewährt hat, auch in Plauen zu etablieren. Hinter der
54 Idee steht das Ziel, Menschen mit niedrigen Einkünften eine Möglichkeit zu geben, kostenfrei am
55 kulturellen und vielfältigen gesellschaftlichen Leben der Stadt teilnehmen zu lassen.

56

57 **2. Verwaltung sensibilisieren - ein starkes Kulturreferat als Partner der Vereine!**

58 Die Stadt Plauen hat mit der Einrichtung des Kulturreferates bereits einen guten Ansprechpartner für
59 Vereine, ein wirkliches Kulturmanagement fehlt jedoch! Besonders die Akquise und Vermittlung
60 überregionaler Fördermittel kommt bisher zu kurz. Wir werden uns daher im Stadtrat dafür einsetzen,
61 dass das Kulturreferat wieder mit einer/einem Kulturreferent/in besetzt wird und die Zuständigkeiten
62 neu festgelegt werden. Das Kulturreferat muss aus unserer Sicht in Zukunft neben der Unterstützung
63 der Vereine bei der Fördermittelbeantragung auch für die gezielte Vermittlung von Fördermitteln aus
64 dem Freistaat, dem Bund und der Europäischen Union verantwortlich sein, sowie Vermittler bei der
65 Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinen werden.

66 Wir erhoffen uns auch mehr Transparenz zu Informationen und Vergünstigungen für Vereine und
67 Initiativen. So sollen städtische Ausstellungsflächen für Vereine bekannter gemacht werden und durch
68 alle Vereine genutzt werden können. Wir werden auf Stadtratsebene prüfen, inwiefern auch eine
69 Erstberatung in rechtlichen Angelegenheiten für Vereine durch die Stadt Plauen gewährleistet werden
70 kann.

71 Das Mitteilungsblatt der Stadt Plauen kann aus unserer Sicht als öffentliches Medium der Stadt auch die
72 Kunst- und Kulturinitiativen stärker unterstützen. Wir werden daher anregen, eine Rubrik „Plauener

73 Vereine stellen sich vor“ in das Mitteilungsblatt einzufügen. Ebenso soll eine Übersicht zu Kontaktdaten
74 und Tätigkeitsbereichen der Vereine auf der Homepage der Stadt Plauen ermöglicht werden, die Vereine
75 müssen diese jedoch selbst pflegen.

76

77 **3. Städtische Kulturangebote weiterentwickeln und anpassen!**

78 Die Stadt Plauen hält ein umfangreiches und vielfältiges Kulturangebot vor. Aber auch dieses muss sich
79 neuen Herausforderungen anpassen und entsprechend weiterentwickelt werden. Wir fordern daher,
80 dass die Kooperation mit regionalen Bildungseinrichtungen verbessert wird, um auch neue und jüngere
81 Zielgruppen anzusprechen. Eine museumspädagogische Betreuung muss geschaffen werden, um gezielt
82 und professionell auf Bedarfe reagieren zu können. Die städtischen Kulturangebote sollen verstärkter
83 nachmittags Angebote für Familien anbieten und im Rahmen ihrer Veranstaltungen prüfen, ob eine
84 Kinderbetreuung angeboten werden sollte.

85

86 **4. Fördermittelangebot vor Ort erweitern - die spontane Aktion ermöglichen!**

87 Kunst- und Kulturangebote werden bereits durch ein kommunales Förderprogramm für Kulturvereine
88 und freier Träger unterstützt. Die Mittel in Höhe von knapp 20.000 Euro können bis zum 31. März des
89 Folgejahres beantragt werden. Das Geld wird zum überwiegenden Teil von etablierten Einrichtungen
90 und Initiativen genutzt. Eine Förderung von kurzfristigen Kulturangeboten durch die Stadt oder dem
91 Kulturraum ist nach Vergabe der Mittel nicht mehr möglich. Die SPD wird sich daher dafür einsetzen,
92 dass ein "Aktionskonto Kultur" mit einem Volumen von 2.500 Euro eingerichtet wird, um so die
93 Förderung von kurzfristigen kulturellen Projekten zu ermöglichen. Dadurch werden Kleinprojekte und
94 spontane Aktionen unterstützt.

95

96 **5. Ehrenamt braucht Raum – neue Möglichkeiten müssen geprüft werden!**

97 Die Menschen in unserer Stadt, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren brauchen auch
98 Räumlichkeiten, in denen sie ihre Aktivitäten entfalten können. Sowohl für die konkrete Veranstaltung,
99 also auch für die Vorstandsarbeit, sind Sitzungs- und Büroräume wichtig. Die Stadt hat das bereits
100 erkannt und begonnen städtische Räumlichkeiten Vereinen günstig zur Verfügung zu stellen. Dies soll
101 fortgeführt und qualifiziert werden. Die SPD wird daher anregen, ein gesamtstädtisches
102 Nutzungskonzept zu erstellen und zu prüfen, inwieweit Vereine daraus Vorzugsvergaberegelungen bei
103 freiwerdenden Räumlichkeiten erhalten können.

104

105 **6. Weitere Initiativen, die die SPD ergreifen wird:**

- 106 • Wir werden Initiativen auf Bundesebene ergreifen, die zum Ziel haben, die Beantragung und
107 Abrechnung von Fördermittelanträge zu vereinfachen und Haftungsrisiken zu entschärfen.
- 108 • Wir werden eine Initiative im Freistaat Sachsen ergreifen, die zum Ziel hat, eine Zweckbindung der
109 Mittel für Kultur im kommunalen Finanzausgleichsgesetz zu erreichen.
- 110 • In Plauen werden wir eine Kampagne zur Sammlung junger Interessen bei Schülerinnen und
111 Schülern, Studierenden und jungen Familien initiieren, um gezielte Angebote für diese Menschen zu
112 ermöglichen.